Nummer 13 — Halle, Freitag, den 16. Januar 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Goldmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark u. 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigenannahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark.
Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus: Neue Promenade 11 u. Dr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Oberbürgermeister von Köln Dr. Adenauer

wurde in Berlin vom Reichspräsidenten und Reichskanzler empfangen, bei welcher Gelegenheit er das Treugelöbnis der rheinischen Bevölkerung erneut zum Ausdruck brachte.

*

Im Reichstag wurde ein von allen Parteien unterstützter Antrag des Abg. Dr. Schücking (Dem.) einstimmig angenommen, den Ausschuß zur Untersuchung der Kriegsursachen zur Beendigung seiner Arbeiten wieder einzusetzen.

*

Jede Verleihung von Kriegsauszeichnungen ist jetzt unwiderruflich eingestellt.

*

Gestern wurde vor dem Sitzungssaal des Thüringer Landtages der deutschnationale Abgeordnete Otto-Gräfenthal von drei kommunistischen Abgeordneten überfallen und so schwer mißhandelt, daß er mit einer blutenden Kopfwunde liegen blieb. Die Sitzung des Landtages wurde darauf sofort abgebrochen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beantragte die Auflösung des Thüringer Landtages.

*

Ebenso wie die katholische Geistlichkeit hat auch die evangelische Geistlichkeit der Synode Saarbrücken und Saarbrücken-Sankt Johann an die Regierungskommission des Saargebiets eine Eingabe gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß die Löhne und Besoldung für Arbeiter und untere Beamte und Pensionäre im Saargebiet in keiner Weise mehr den dringendsten Lebensnotwendigkeiten entsprechen.

*

In Paris wurde der Kammerpräsident Painlevé mit 313 gegen 24 kommunistische Stimmen bei Stimmenthaltung der Opposition wiedergewählt. Ebenso wurden sämtliche Vizepräsidenten aus der Anhängerschaft Herriots gewählt. — Das Ergebnis läßt daraus schließen, daß auch Herriots Stellung einstweilen noch nicht gefährdet ist.

*

Trotz günstigerer Handelsentwicklung weist die Zahl der Erwerbslosen in England eine weitere starke Steigerung auf. Die Zahl der am 5. Jan. zifferrmäßig erfaßten Vollerwerbslosen betrug 1 307 800. Dies bedeutet eine Zunahme von 40 000 gegenüber dem vorigen Jahre. — Es wäre dringend wünschenswert, daß auch bei uns ebenso wie in England der Stand der Erwerbslosenziffer allwöchentlich bekanntgegeben würde.

*

In Oesterreich ist die interalliierte Militärkontrollkommission ebenfalls eifrig an der Arbeit. In Wien wurden 20 neue Kanonen entdeckt, die für die zulässige Ausrüstung der Wehrmacht bestimmt, aber vertragswidrig nicht angemeldet waren. Auch die staatliche Gewehr- und Geschützfabrik auf der Simmeringer Heide wurde unangemeldet visitiert.

*

Die italienische Presse veröffentlicht den Text der Gesetzesvorlagen, durch welche der Regierung Vollmacht erteilt werden soll, das Strafgesetzbuch, die Prozeßordnung und das Gerichtsverfahren zu verbessern und neue Aenderungen und Zusätze im bürgerlichen Gesetzbuch vorzunehmen. Die von der Regierung beabsichtigten Aenderungen sind von großer Tragweite.

*

Der schon seit längerem dauernde Streik der australischen Seeleute, der die gesamte Schiffahrt lahmlegt, nimmt immer schärfere Formen an. Der Präsident der Vereinigung der Seeleute wurde nach blutigen Zwischenfällen verhaftet.

Polen droht mit Gewalt.

Die von Mac Donnell, dem Völkerbundskommissar in Danzig, dem dortigen diplomatischen Vertreter Polens, Straßburger, zugegangene dringende Empfehlung, die unrechtmäßig im Danziger Stadtgebiet angebrachten polnischen Briefkästen schleunigst wieder abnehmen zu lassen, widrigenfalls er dem Senat raten werde, dies selbst zu tun, wird von der polnischen Regierung und Presse mit höchster Empörung zurückgewiesen.

Nach Beendigung des Ministerrates — knapp vor Mitternacht — empfing der stellvertretende Ministerpräsident, Minister Thugutt, Vertreter der Presse, denen er u. a. folgendes erklärte: „Die letzten aus Danzig eintreffenden Nachrichten sind geeignet, neue Unruhe zu erwecken. Sie sprechen von einer auf den Kommissar der polnischen Republik in Danzig ausgeübten Pression, ja von Drohungen, den Danziger Staat zu eigenmächtigem Handeln aufzustacheln. Wenn wir auch von der unbedingten Richtigkeit unserer Anordnung überzeugt sind, die sich vor allem aus dem Geiste des Vertrags von Versailles ergibt, so waren wir doch bereit, die Sache unseres Rechts dem zuständigen Forum, also dem Völkerbund, zu unterbreiten. Es ist unser Recht, zu fordern, daß alle Streitfragen in einer den internationalen Gesetzen entsprechenden Weise erledigt werden.

Doch kann Polen es niemals zugeben, daß Streitfragen mit Gewalt entschieden werden. Auf Gewalt müßte Polen mit entschiedener und sofortiger Abwehr antworten, wobei die Kraft der Abwehr ebenso stark wäre, wie die der Gewalt.

Es wäre uns sehr unangenehm, wenn neben dem Polnisch-Danziger Konflikt noch ein weiterer zwischen Polen und dem Völkerbundskommissar entstände. Wir kennen jedoch keine noch so große Nation, die es gestatten könnte, daß man sie in einer mit dem Recht nicht übereinstimmenden Weise behandle. Wir werden um keinen Preis es jemandem erlauben, daß man uns wie eine Horde Neger behandle."

Die polnische Presse drückt sich natürlich noch wesentlich schärfer als der Ministerpräsident aus und droht ganz offen damit, daß Polen seine Ansprüche — die rechtlich zweifellos unberechtigt sind — mit Gewalt durchsetzen werde, ohne sich um den Völkerbund usw. zu kümmern. Oberstes Gesetz sei das Interesse der Nation.

Das Pariser Finanzabkommen.

Das gestern unterzeichnete Abkommen, das die alliierten Finanzminister über die Verteilung der von Deutschland nach dem Dawesplan zu leistenden Zahlungen und hinsichtlich der Liquidierung des Ruhrunternehmens getroffen haben, bestimmt im wesentlichen folgendes:

Die Kosten der Kommissionen.

In Zukunft dürfen für die Unterhaltung der

Reparationskommission

und der durch den Dawesplan vorgesehenen Organismen nur für die erstere 9¼ Millionen Goldmark, für die letzteren 7½ Millionen Goldmark verausgabt werden. Für

die **Rheinlandkommission**

kann höchstens eine Summe von 10 Millionen Goldmark einschl. der Wohnungsentschädigungen für die Beamten ausgegeben werden. Hiervon darf Frankreich 62 Proz., England 16 und Belgien 22 Proz. in Anspruch nehmen. Die interalliierten

Militärkontrollkommissionen

in Deutschland dürfen für das laufende Jahr höchstens 8 Millionen Goldmark kosten, jedoch können Zusatzausgaben in ausländischer Währung von den einzelnen in der Kommission vertretenen Ländern gemacht und in Anrechnung gebracht werden.

Die Besatzungskosten.

Ueber die Verteilung der Besatzungskosten wird folgendes bestimmt: Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen: 1. aus den effektiven Ausgaben für das Jahr 1924/25, und zwar wie folgt: 25 Millionen Goldmark für die belgische Armee, 25 Millionen Goldmark für die englische Armee und 110 Millionen Goldmark für die französische Armee. Die weiteren effektiven Ausgaben jeder Macht werden dann den bereits bestehenden Restschulden hinzugerechnet. Der Betrag der effektiven Ausgaben wird auf der Basis des Uebereinkommens vom 11. März 1922 errechnet, 2. aus den Ausgaben, die sich aus den Artikeln 8 bis 12 des Rheinlandabkommens herleiten, betreffend die Leistungen, die ehemals kostenlos erfolgten (Wohnung, Heizung usw.). Die Höhe dieses von dem Generalagenten für die Reparationszahlungen an Deutschland zurückgezahlten Betrages wird der oben angegebenen Restschuld hinzugefügt. Die Festsetzung der später entstehenden Ausgaben wird von den Alliierten und den Vereinigten Staaten vor dem 1. September 1925 erfolgen.

Die Ansprüche Amerikas.

Hinsichtlich der Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Jahreszahlungen des Dawesplanes ist folgendes bestimmt worden: 1. Für **die Kosten der amerikanischen Besatzungsarmee** werden jährlich durchschnittlich zurückvergütet 55 Millionen Goldmark vom 1. Dezember 1926 ab. Diese Zahlungen haben ein Privileg vor allen anderen Geldzahlungen mit Ausnahme der Zinsen für die 800-Millionen-Anleihe und die Unterhaltungskosten der Kommissionen. Sollte die Summe von 55 Millionen Goldmark nicht erreicht werden, dann gewährt Amerika eine Stundung, erhält aber für diesen Betrag 4½ Proz. Zinsen bis zur vollkommenen Abzahlung. 2. Auf Grund der deutschamerikanischen Feststellungen vom 10. August 1922 erhalten die Vereinigten Staaten von Deutschland eine Reparationsentschädigung von 358 Millionen Dollar, die dermaßen geteilt wird, daß ihnen an den Reparationszahlungen 2¼ Proz. zustehen, und zwar bis zum Höchstbetrage von 45 Millionen Goldmark im Jahr.

Unter diesen Bedingungen verzichten die Vereinigten Staaten auf die früheren Abmachungen mit Ausnahme einer Summe von 14 725 150 Dollar, die bei der Federal Reservebank hinterlegt wird und die unmittelbar der amerikanischen Regierung überwiesen werden.

Die belgische Kriegsschuld.

Hinsichtlich der belgischen Kriegsschuld ist bestimmt worden, daß dieselbe im Betrage von etwa 5600 Millionen Goldmark dadurch zurückgezahlt wird, daß 5 Proz. jährlich abgetragen werden sollen.

Von diesen Summen erhält Frankreich 46 Proz., England 42 Proz. und Belgien vor Abtragung seiner Schuld gegenüber den Vereinigten Staaten 12 Proz.

Von den deutschen Zahlungen erhält in Zukunft Griechenland 3/10 Proz., Rumänien 1 1/10 Prozent, und zwar von dem Betrage, der nach Begleichung der Prioritäten zur Verteilung übrig bleibt.

Die Verteilung der Ruhrbeute.

Für die Regelung des Ertrages der Ruhrbesetzung ist folgendes bestimmt worden: a) Die Reparationskommission wird entsprechend den bisher angewandten Methoden in Goldmarkwert die von der französischen, belgischen und italienischen Regierung von Deutschland erhaltenen Summen feststellen, die von den tatsächlichen Ausgaben der interessierten Mächte in Abzug zu bringen sind; b) es wird getrennte Abrechnung für die Sachlieferungen und für die Bareinnahmen eingeführt; c) das Konto der Sachlieferungen wird den Wert der Sachlieferungen selbst, der Requisitionen auf Grund des § 6 der Rheinlandakte und die beschlagnahmten Markbeträge sowie die aus Straferlassen erzielten Einnahmen vom 1. Januar 1923 bis 31. August 1924 enthalten.

Die Unterhaltungskosten für die französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet abzüglich der normalen Unterhaltungskosten dieser Truppen in ihren Heimatgarnisonen werden vergütet. Der Betrag der an Luxemburg gelieferten Kohlen- und Koksmengen für die gleiche Zeit wird als eine Sachlieferung an Frankreich gerechnet (!). Die Kosten für die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets werden von den Einnahmen der wirtschaftlichen Ausbeutung in Abzug gebracht. Die französische, englische und belgische Regierung stimmen zu, daß die Besatzungskosten bis zum 31. Dezember 1923 auf die Sachlieferungen, die bis zu diesem Zeitpunkt erzielt wurden, verrechnet werden.

*

„Daily Mail" berichtet aus Paris, in britischen Konferenzkreisen werde mitgeteilt, daß eine neue Konferenz zwischen Frankreich und Großbritannien im Februar und März zur Regelung der Frage der französischen Schulden an Großbritannien stattfinden werde.

Aufsichtsratsposten der Parlamentarier.

Anläßlich der im Barmatskandal zutage tretenden Beziehungen von Parlamentariern zu ihnen an sich fernstehenden Privatunternehmen schreibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" vom 13. Januar sehr richtig:

Vor vielen Jahren schon haben wir uns in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" dagegen gewandt, daß einzelne Werke Parlamentarier von Einfluß und Bedeutung für ihre Aufsichtsräte zu gewinnen suchten. Als der Vizepräsident des Reichstages, Herr Paasche, bei Rheinmetall und Erzberger bei Thyssen eintraten, haben wir die Frage erörtert, ob das mit den Aufgaben und Pflichten des Parlamentariers und der öffentlichen Moral vereinbarlich — und ob das, selbst wenn man diese Seite der Frage aus dem Spiele ließe, im öffentlichen Interesse wünschenswert sei.

Diese beiden Parlamentarier waren natürlich nicht die einzigen, die Aufsichtsratsposten übernommen hatten, aber ihr Beispiel wirkte verheerend. Die übrigen sagten sich: Wenn Paasche und Erzberger das tun, deren persönliche Ehrenhaftigkeit außer jeden Zweifel steht, dann dürfen wir das auch.

Eine bemerkenswerte Ausnahme war der Abg. Dr. Beumer, der ein nachahmenswertes Beispiel nach der anderen Seite gab. Trotz seiner allerengsten beruflichen Verbindung mit der Industrie, legte er im richtigen Gefühl für das Schickliche seine wenigen Aufsichtsratsposten nieder, als er in das Parlament eintrat.

Heute hat sich, wie es scheint, es um [illegible] Einzelerscheinung u. [illegible] wieder [illegible] Mißbrauch ausgewachsen. Es sind nicht nur angesehene industrielle Werke, in deren Aufsichtsräten Parlamentarier sitzen; sie haben sich auch in Unternehmungen eingenistet, denen von Anfang an Züge anhafteten, die einen auf seine Reputation haltenden Parlamentarier hätten abhalten müssen, in irgendwelche Verbindung mit ihnen zu treten. Wenn man schon bei so hoch ehrenwerten Namen wie Thyssen und Ehrhardt aus grundsätzlichen Erwägungen die Frage nach der Zulässigkeit des Schrittes hatte aufwerfen können, so hätte für einen um seinen Ruf besorgten Parlamentarier die Frage, ob er mit Kutisker und Barmat in Verbindung treten dürfe, gar nicht entstehen dürfen.

Das natürliche Empfinden für persönliche Reinlichkeit hätte da schon den Ausschlag geben müssen. Hier kann man ruhig von Korruption sprechen, und es ist absolut notwendig, daß volle Klarheit über den ganzen Umfang dieser Korruption geschaffen werde.

Die Parlamente sind es sich selbst schuldig, durch eine gründliche Untersuchung festzustellen, wieviele und welche Abgeordnete direkt oder indirekt diese Unternehmungen unterstützt haben, wieviele und welche Mitglieder überhaupt in Aufsichtsräten sitzen und ob sie solche Posten erst erhalten haben, nachdem und weil sie Parlamentarier geworden sind. Hierauf kommt es an, denn es gibt natürlich auch Aufsichtsratsmandate, gegen die ein Einwand schlechterdings nicht zu erheben ist.

*

Warum suchen wirtschaftliche Unternehmungen bekannte und einflußreiche Parlamentarier für ihren Aufsichtsrat zu gewinnen? Selbstverständlich nicht wegen ihrer bürgerlichen Intelligenz und Tüchtigkeit, denn wenn das ausschlaggebend wäre, hätte man sie ja gewinnen können, ehe sie ein parlamentarisches Mandat erlangt hatten. Nein, man sucht sie zu gewinnen, weil man glaubt, daß sie in ihrer Eigenschaft als Parlamentarier, durch ihren Einfluß im Parlament, auf das Parlament und auf die Regierung dem Geschäfte nützlich sein könnten. Dieser Gedanke aber ist im Sinne der öffentlichen Moral offenbar fehlerhaft.

Der Parlamentarier hat in fast noch höherem Maße als der Pressemann die Pflicht, lediglich dem Gemeinwohl zu dienen, nur und ausschließlich das Wohl der Gesamtheit, das Wohl des Volkes und des Staates bei der Ausübung seines parlamentarischen Berufs im Auge zu haben. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß er eine Untreue gegen das ihm anvertraute Mandat begeht, wenn er seinen parlamentarischen Einfluß, und wäre er auch nur scheinbar, verkauft, um seinen privaten Interessen oder den privaten Interessen eines wirtschaftlichen Unternehmens zu dienen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250116011/fragment/page=0001

Das ist so klar und selbstverständlich — sollte es wenigstens für alle rechtlich Denkenden sein —, daß die Forderung, das Parlament und alle Parteien müßten angesichts der neuen Skandale für Reinlichkeit in ihren Reihen sorgen, mit elementarer Gewalt durchdringen muß.

Das Volk muß wenigstens in die persönliche Sauberkeit aller seiner Abgeordneten unbedingtes Vertrauen haben können. Das Vertrauen in die politische Fähigkeit und Tüchtigkeit der Parlamente ist aus guten Gründen auf das Tiefste erschüttert. Kommt das andere noch hinzu, dann ist es überhaupt aus.

Vor der Regierungsbildung.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat auch gestern seine Besprechungen mit den Parteiführern über die endgültige Aufstellung der Ministerliste fortgesetzt. Da in den bisherigen Verhandlungen alle sachlichen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt worden sind, wird nach der Erteilung des formellen Auftrags die Erledigung der Regierungsbildung voraussichtlich schnell vonstatten gehen.

An der gestrigen Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion hat anfänglich der Reichswehrminister Geßler teilgenommen und erklärt, daß er zur Frage der Regierungsbildung seinerseits überhaupt noch nicht Stellung genommen habe. Die Fraktion hat, wie wir hören, in bezug auf die Stellung des Herrn Dr. Geßler im Kabinett einen Beschluß nicht gefaßt. Danach dürfte angenommen werden können, daß Herr Dr. Geßler als Wehrminister im Kabinett bleibt.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hat heute beschlossen, dem Kabinett Luther gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren und es zu unterstützen, solange die Interessen des Mittelstandes durch die neue Regierung gewahrt werden. Eine eigene Beteiligung der Wirtschaftlichen Vereinigung an der Regierung kommt nicht in Frage. Die anderen Fraktionen hielten gleichfalls gestern Sitzungen ab, bewahrten aber im einzelnen strenge Vertraulichkeit.

Der Deutschen demokratischen Fraktion hat Dr. Luther nochmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Die demokratische Fraktion ließ bekanntgeben, daß sie gegen das Kabinett Luther schwerste Bedenken habe, aber trotzdem seine Taten abwarten wolle und weder selbst ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett einbringen noch an einem solchen, das von anderer Seite gestellt werden könnte, sich beteiligen würde.

Nach den Informationen der Blätter dürfte sich das neue Reichskabinett folgendermaßen zusammensetzen:

Reichskanzler: Dr. Luther, Außenminister: Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei), Innenminister: Dr. Schiele (Deutschnationale Volkspartei), Finanzminister: Dr. Luther (parteilos), Justizminister: Direktor a. L. v. Neubaus (Deutschnational), Arbeitsminister: Brauns (Zentrum), Justiz und besetzte Gebiete: Oberlandesgerichtspräsident Scholler-Düsseldorf (Zentrum), Wehrmacht Dr. Geßler (Demokrat), Reichspost Stingl (Bayer. Volkspartei), Ernährung und Landwirtschaft: Graf Kanitz.

Für das Verkehrsministerium wird von den Blättern noch keine bestimmte Person genannt.

Auch in der Vertrauensfrage wurde eine Einigung erzielt. Das Zentrum hatte erklären lassen, daß es nicht in der Lage sei, einem Kabinett das Vertrauen auszusprechen, dessen einzelne Persönlichkeiten politisch noch unbeschriebene Blätter seien. Es könne sich höchstens darum handeln, der von Dr. Luther abzugebenden Regierungserklärung die Billigung des Reichstags auszusprechen.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, haben sich die Deutschnationalen mit dieser Form der Vertrauensfrage einverstanden erklärt.

Es wird mit Sicherheit erwartet, daß heute endlich eine Regierung unter Dr. Luther zustandekommt.

Beamte und Staat.

Gestern wurde in Berlin der erste Bundeskongreß des A. D. B. (Allgem. deutscher Beamtenbund) beendet. An ihm nahmen auch Vertreter der österreichischen und holländischen Beamtenschaft teil. Dagegen nahmen die französischen Beamtenvertreter ihre Zusage in letzter Stunde in richtigem Nationalgefühl zurück.

Der Kongreß war gestimmt auf das Bekenntnis zur Republik und auf Betonung sehr weitgehender Rechte der Beamten im Kampf um ihre Interessen (Streikrecht usw.)

Daß die Anwendung gewerkschaftlicher Mittel durch die Beamten Gleichheit der materiellen Rechtsstellung mit den privaten Angestellten, d. h. Kündbarkeit der Stellung und Wegfall des Rechtes auf die Pension zur Voraussetzung hat, wird vom A. D. B. geflissentlich übersehen. Er will alle Vorteile und Sicherungen der Beamtenstellung und alle Freiheiten des Angestellten. Beides ist unvereinbar, daher würde, was der A. D. B. ernstlich bedenken sollte, eine Ausdehnung seiner Anschauungen auf die Gesamtbeamtenschaft dazu führen, daß das Beamtentum durch ein bloßes Staatsangestelltentum mit Kündigung und ohne Pension ersetzt werden müßte. Die Beamtenschaft hat also ein dringendes Interesse, den Bestrebungen des A. D. B. entgegenzutreten, die letzten Endes mit dem Staatsbeamtentum zugleich den Staat gefährden, dessen ganze Organisation auf dem rechtlich gebundenen Staatsbeamtentum aufgebaut ist.

Aus dem Preußischen Landtag.

Ministerpräsident Braun stellt die Vertrauensfrage. Ergebnis: Vertagung.

Als in der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtags der Ministerpräsident das Wort erhielt, verließen zwar auch die meisten deutschnationalen Abgeordneten den Saal, aber die Mitglieder der Deutschen Volkspartei blieben sitzen. Ministerpräsident Braun bestritt zunächst, daß nach Art. 45 der Verfassung die Regierung nach einer Neuwahl des Landtags zurücktreten habe. Das Kabinett sei zur Fortsetzung der großen Koalition entschlossen trotz der jetzigen Opposition der Volkspartei und der Zurückziehung ihrer Minister. Ein Grund zum Rücktritt liege nicht vor.

Unter allgemeiner Bewegung erklärte der Ministerpräsident, das Kabinett stelle die Vertrauensfrage und überlasse dem Landtag die Entscheidung, ob die bisherige Politik der Großen Koalition fortgesetzt oder an ihre Stelle eine rechtsgerichtete Bürgerblockpolitik treten solle, die zur Katastrophenpolitik werden müßte.

Stürmischer Beifall in der Mitte und Gelächter bei den Flügelparteien folgte der Rede. Die deutschnationalen Abgeordneten fanden sich wieder im Saale ein.

Der Sozialdemokrat Grzesinski beantragte die Vertagung der Aussprache auf Freitag. Dem widersprachen der Kommunist Pieck und durch Zurufe die Abgeordneten der Rechten. Dafür stimmten Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Die erste Abstimmung blieb zweifelhaft und beim Hammelsprung wurde die Vertagung mit 206 gegen 199 Stimmen beschlossen.

Das Resultat wurde von den Regierungsparteien lebhaft begrüßt, weil man darin eine Art Probeabstimmung zur Vertrauensfrage des Kabinetts erblickt.

Die Landtagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hat beschlossen, einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Braun zuzustimmen wegen der von dem Ministerpräsidenten Braun und dem Wohlfahrtsminister Hirtsiefer geübten mittelstandsfeindlichen Wirtschaftspolitik. Evtl. wird die Fraktion, wenn es nicht von anderer Seite geschieht, selbst den Mißtrauensantrag einbringen.

Hilfe für das Saargebiet.

Wie schon in den früheren Jahren, ist auch im Herbst 1924 ein freier Ausschuß zusammengetreten, um die bedürftigen Kriegsopfer und Pensionäre im Saargebiet unentgeltlich mit Kartoffeln zu versorgen.

Der Hilfsbereitschaft weiter Kreise der Wirtschaft ist es zu danken, daß trotz Kreditnot die nötigen Mittel aufgebracht wurden. Namhafte Beträge zeichneten die führenden Berliner Banken, die Firmen Röchling und Stumm, die Kohlensyndikate, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Firmen Siemens & Halske A.-G. und Siemens-Schuckertwerke GmbH. Der Wirtschaftsverband der Raiffeisenschen Warenanstalten, der sich auch um die Durchführung verdient gemacht hat, stellte außer einer baren Spende in beträchtlichem Umfange Kartoffeln als Gabe seiner Genossen unentgeltlich zur Verfügung. Die Spende ist in vollem Umfang den Empfängern zugute gekommen, weil Verwaltungskosten durch ehrenamtliche Tätigkeit aller Beteiligten vermieden wurden.

Reichsbahn sowie Saarbahn beförderten frachtfrei, nur auf den damals noch von der Regie betriebenen Strecken mußte ein Teil der Fracht bezahlt werden.

Allen, die zum Gelingen dieses Hilfswerkes beigetragen und dadurch manche Not gemildert haben, gebührt herzlicher Dank. Denn durch tätige Hilfe beweisen wir den Saarländern am besten, daß wir allen Schlichen und Gewaltmaßnahmen der Franzosen zum Trotz treu zu ihnen halten, selbst wenn die französische Halsstarrigkeit bei den jetzigen Handelsvertragsverhandlungen und im Interesse des Gesamtvolkes und der Zukunft zu Maßnahmen zwingt, die vorübergehend mit den Franzosen zugleich unsere saarländischen Landsleute treffen.

Saarbrücken, 14. Jan. Die saarländische Delegation, bestehend aus den Industriellen v. Boch und Wentzel, Bankdir. Köhl, Landessekretär Hillenbrandt und Gewerkschaftssekretär Kimmritz, hat gestern abend Saarbrücken verlassen, um mit Pariser Wirtschaftskreisen Verhandlungen über die Saar-Wirtschaftsfragen zu pflegen.

Die Elektrifizierung Oesterreichs

Zum Wiener Finanzausschuß betonte der Abgeordnete Dr. Ellenbogen die fruchtbare fünfjährige Tätigkeit des Wasser- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes, auf dessen Initiative bis Ende vorigen Jahres 68 Großwasserkraftanlagen mit 270 300 Pferdekräften im Bau waren. Die Kosten betrugen 3,2 Billionen Kronen, wovon der allergrößte Teil aus Oesterreich geschöpft wurde. Vollendet wurden bis Ende 1924 Kraftanlagen mit 115 000 Pferdekräften. Dazu kommen in den ersten Monaten dieses Jahres neun weitere Großwasserkraftanlagen mit 16 700 Pferdekräften. Wenn das Ausland gelernt haben wird zu verstehen, fuhr Dr. Ellenbogen fort, was wir hier geleistet haben, so werden sehr viele von den sehr häufig geflissentlich verbreiteten falschen Meldungen über unser Land doch ihr Ende finden. Mit der Leistung des Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamtes können wir jeden, der an der Lebenskraft unseres Staates zweifelt, widerlegen.

Der Bundeskanzler teilte mit, daß die Verwaltung der Bundesbahnen beabsichtige, die Elektrifizierung der Strecke Salzburg-Buchs und der Tauernbahn mit aller Energie durchzuführen. Die Regierung sei der Ueberzeugung, daß eine für alle Zeiten gesicherte Sanierung der Bundesbahnen nicht möglich sei, solange nicht zumindest die österreichischen Bergstrecken elektrifiziert seien.

Motorisierung der Landwirtschaft

Staatliche Kredite zur Einführung deutscher Kraftmaschinen.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit:

Die deutsche Landwirtschaft kann nur dann wettbewerbsfähig sein, wenn sie in der Lage ist, auf der engeren und finanziell stärker belasteten Scholle höhere Erträge zu erzielen als das Ausland und diese Erträge zu Gestehungskosten, die die der ausländischen Landwirte nicht übersteigen.

Es ist daher notwendig, daß die Betriebe zur intensiven Bewirtschaftung übergehen, vor allem zur Tiefkultur durch Untergrundlockerung, zu einer ausgiebigen Hochkultur auch auf den Getreidefeldern, zur genauen Wasser- und Düngerbedarfsregelung, zur Düngerveredelung, Saatenveredelung, zur Grünlandkultur und Futterkonservierung schreiten. Zu diesem Zweck ist die

Motorisierung der landwirtschaftlichen Betriebe das Gebot der Stunde.

Die deutsche Kraftpflugindustrie hat trotz ihrer gegenüber der Auslandskonkurrenz wirtschaftlich wesentlich schwierigeren Lage mit großen Anstrengungen ihre Kraftgeräte mehr und mehr verbilligt und technisch weiter vervollkommnet. Schon jetzt können einige ihrer Erzeugnisse als wirksamere Hilfsmittel für die beschleunigte Intensivierung unserer Landwirtschaft angesprochen werden als die amerikanischen Traktoren. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat nun die

Bereitstellung billiger Kredite

in die Wege geleitet, um den noch bestehenden Preisunterschied zwischen den deutschen und amerikanischen Erzeugnissen der Kraftpflugindustrie zugunsten unserer Erzeugnisse auszugleichen. Die Beschränktheit der verfügbaren Kredite nötigt allerdings dazu, in erster Linie kleinere Kraftgeräte, die für den mittleren und kleineren Besitz von Nutzen sind, zu berücksichtigen. Der Wunsch, die Aktion schon für die kommenden Frühjahrsarbeiten nutzbar zu machen, machte eine beschleunigte Durchführung der Auswahl notwendig. Eine Ausdehnung dieser Aktion wird aber vom Ministerium betrieben. Die Spitzenverbände der Landwirtschaft, die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die Genossenschaften und die Verbände des Landmaschinenhandels haben sich in den Dienst der Sache gestellt und sich bereiterklärt, sie in jeder Weise zu fördern.

Der südafrikanische Innenminister arbeitet eine Gesetzesvorlage über die südafrikanische Nationalität aus mit dem Grundsatz, daß eine Person, die britischer Staatsangehöriger wird, damit noch nicht südafrikanischer Bürger ist. Damit diese Vorlage Gesetz wird, würde also eine südafrikanische Staatsangehörigkeit geschaffen. — Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Loslösung von England!

Walzen für Wringmaschinen, Stück von 3.50 M. an, für Heiss- und Kaltwasser. Gumm.-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

25 Bräute.

Ein Schelmenroman von **Wilhelm Herbert.**

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dort führten sie noch ein längeres Frühlingsnachtgespräch, über das sich sämtliche weniger glücklichen Jungfrauen neidisch entrüsteten und Bibi entrüstet beneideten.

Bis Donnerstag reiste er verschwiegen, aber erfolglos in Oel und holte sich deswegen bei Frau Mathilde einen gründlichen Verweis.

Sie betrachtete ihn kritisch und sagte dann: „Ja!"

Es war ihm beinah unheimlich, als sie in ihr Schlafgemach nebenan ging.

Wie sie zurückkam, hatte sie mehrere männliche Kleidungsstücke über dem Arm.

„Bei dem Interesse, das Ihre Frieda Wilhelmine an Ihrer Zukunft hat, wird sie jedenfalls damit einverstanden sein, wenn Sie sich etwas ruhiger und vertrauenerweckender kleiden. Ich habe hier einen dunklen Anzug meines Seligen, der Ihnen ungefähr passen müßte. Ziehen Sie ihn im Nebenzimmer an — wir wollen sehen!"

Mit der ärgerlichen Willenlosigkeit, die ihn schon wiederholt befallen hatte, wenn sie ihren knarrigen Ton aufsetzte, ging er kleiderbeladen in das Schlafgemach und legte die verschiedenen Stücke an.

Der Verstorbene mußte ein sehr großer, starker Mann gewesen sein. Denn Veit kam sich in seinem Rücklaß wie verlaufen vor und trat ohne sichtbare Hände schulterbauschig und mit Zickzack-Blitzhosen so unbehelfen wieder vor Frau Mathildens prüfendes Auge, daß sie leise lächelte.

Sie nahm ein Stück Seife aus der Nähschachtel und fuhr mit einzelnen kräftigen Strichen wie eine gelernte Herrenschneiderin an ihm herum.

„So! Jetzt kleiden Sie sich wieder um!"

Im Schlafzimmer hing der Heimgegangene an der Wand, der an sich ein gutmütiges Gesicht hatte, jetzt aber auf seinen Nachmann herabzugrinsen schien.

Bullsahn war so ergrimmt, daß er eine Grimasse hinausschnitt.

Aber er hätte um alles in der Welt nicht nachgegeben. Sie mußte gestraft werden.

„In zwei Tagen kommen Sie wieder!" sagte Frau Mathilde. „Ich kenne einen armen Flickschneider, der bis dahin die Sache gemacht haben wird. Dann wird's gleich fixer gehen mit dem Oel."

Sie betrachtete ihn einen Augenblick musternd, griff zur Schere und hatte im Nu die nach ihren Begriffen zu unternehmenden Schnurbartenden etwas abgeschwippt.

Er hätte heulen mögen, wie er die Treppe hinunterstieg.

Aber er besann sich, daß Mia am Grillparzer-Denkmal rotgeränderte Augen mißbilligen könnte.

Daher ballte er nur die Faust und lachte zugleich grimmig.

Hinter dem Grillparzer, wo die Finken im hellen Lenzgrün pfiffen, stand die entzückendste Backfischmaid, die Veit je gesehen hatte.

Aller Groll war vergessen. Sein Herz hüpfte. Die Welt war doch schön und die Frauen waren süß — wenn man vielleicht von Mathilde absah.

Mia, die Siebzehnjährige, trug die offenen, braunen Flechten von einem veilchenfarbenen Band locker gezäumt, hatte wundernette Sternlöckchen, ein paushackiges, frisches Gesicht, blaue weltschmerzliche Schelmenaugen und ein Stumpfnäschen von keckem Liebreiz.

Ihr vollschlanker Körper stak in einem frischen roten Kleid, unter dem grauseidene Strümpfe und ein paar niedliche Goldlackschuhe sich zeigten.

In der Hand hatte sie ein Veilchensträußchen, an dem sie zuweilen roch und dann wieder zwischen Grillparzers Marmorbeinen hindurch sehnsüchtig in die Zukunft schaute.

An Veit lebte alles. Der Hut, die Halsschleife, die Plüschzipfel, seine Schritte und seine Seele schwangen. Sein Mund lächelte. Seine Augen glänzten.

So mußte er Mia gefallen, wenn sie sich ihn eigentlich auch viel jünger, erheblich schlanker und im Grunde genommen poetischer gedacht hatte.

Aber bei näherer Betrachtung war auch in seinem roten Spitzbart, in seinem ganzen feurigen Wesen Poesie. Idealismus, wenn schon etwas reifer, sprach aus seiner Eigenart.

„Fräulein!" rief er halblaut. „Ich fühle — Sie sind es."

„Ich fühle es auch", lispelte sie, wurde purpurrot und verlor die Veilchen, die er ihr, nachdem er sie an die Lippen gedrückt, galant überreichte.

Dann gingen sie den Frühlingsweg. Er hatte die Fingerspitzen ihrer rechten Hand ergriffen und schwang diese sanft im Säuselwind. Gänseblumen mit roten Blätterspitzen blühten — ein erster Schmetterling gaukelte als Schrittmacher vor ihnen her — in Mias jungem Herzen blühte erste himmelhochjauchzende Liebe und in Veits kindlichem Gemüte blühte junge Liebe auf, zum ungezählten Male.

Auf einer Bank tief im Busch und Strauch schlossen sie den Seelenbund und schworen der mütterlichen Tyrannin Rache, die — wie Mia ihm klagend vertraute — das Leben ganz für sich allein beanspruche und ihre Tochter noch immer zum Kinde herabdrücken wolle.

Er vertraute ihr an, daß er „Doktor" sei und Schriftsteller.

„Ach, Dichter!" seufzte sie. „Ich habe es geahnt."

Ihr Lockenköpfchen sank an sein Plüschwams, und er war einen Augenblick ein wahrhaft guter, wirklich glücklicher, gänzlich wunschloser Mensch.

Diese Stunde entschädigte sein weiches Herz für viel und adelte ihn neu zum Minneritter.

Ein Stündchen hier und da mit diesem schwärmerischen Laubfrosch würde ihn für alle Härten und Enttäuschungen seines kampfbereiten Daseins schadlos halten.

Er führte sie in ein kleines, nahegelegenes Gartenkaffee, wo sie Schokolade tranken, Sandtörtchen aßen und sich zu heiraten schworen.

„Ich kann nur noch nicht gleich..." sagte er.

„Freilich!" seufzte sie verstehend. Denn Sturm und Drang war immer gewesen, wo junge Dichterliebe war.

„Aber bald!" setzte er mit trostreichem Lächeln bei.

Auch sie lächelte verschämt und hauchte: „Ach ja! Bald!"

Dann versprachen sie sich ein Wiedersehen am Samstag, weil Mia nicht jeden Tag loskommen konnte.

Hinter Grillparzers schirmendem Rücken nahmen sie zärtlichen Abschied.

Er schaute ihr nach, wie sie — in Wonne getaucht — dahintänzelte.

Auch ihm war wohl und rein zumute. Er hatte in diesem Augenblick keine Strafliste und keine Hintergedanken.

Am Abend sagte er einmal versehentlich „Mia" zu Bibi und erklärte ihr, als sie ihn argwöhnisch anguckte, daß das italienisch sei und daß die Musiker alle hier und da in höchstem Entzücken italienische Worte gebrauchten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250116011/fragment/page=0002